## II-7686 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DAB · OUTUARO

wien, am

Mai 1989

Z1. 21.08.68/30-IV.1/89

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Mag. GUGGENBERGER, DR. JANKOWITSCH und Genossen betreffend Todesdrohungen gegen österreichische Staatsbürger in Brasilien (Nr. 3559/J)

1989 -06- 0 5 zu *355*9/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. GUGGENBERGER, Dr. JANKOWITSCH und Genossen haben am 5. April 1989 unter der Nr. 3559/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Todesdrohungen gegen österreichische Staatsburger in Brasilien gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

"Nahezu täglich werden in Brasilien landlose Kleinbauern und Landarbeiter ermordet, weil sie brachliegendes Land bebauen, um nicht verhungern zu müssen, wie amnesty international berichtet. Großgrundbesitzer ordnen diese Morde an und lassen sie von angeheuerten Killern durchführen.

Auch engagierte Priester, Gewerkschafter und Anwälte, die der rechtlosen Landbevölkerung zur Seite stehen, bezahlen dies häufig mit ihrem Leben.

Derzeit stehen 96 Priester und Gewerkschafter auf der Todesliste der gedungenen Pistoleiros, darunter auch 4 Österreicher: Pater Johann Schmid aus See in Tirol, der Zisterzienserpater Josef Hehenberger aus Eferding, Schwester Maria Bernhard von der Caritas und Bischof Erwin Kräutler, der schon im Oktober 1987 knapp einem Mordanschlag entgangen war, dem sein Mitarbeiter Pfarrer Salvatore Deiana zum Opfer fiel.

Die internationale Gefangenenhilfsorganisation prangert in diesem Zusammenhang die brasilianischen Behörden an, die derartige Verbrechen mehr oder weniger untätig hinnehmen.

'Anzeigen werden gar nicht aufgenommen, Untersuchungen werden - wenn überhaupt - unzulänglich durchgeführt, Verdächtige werden entweder gar nicht festgenommen, oder können unter Mithilfe der Polizei entweichen, belastende Dokumente verschwinden auf Nimmerwiedersehen,' wie amnesty international berichtet.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten die folgende

## Anfrage:

- 1. Liegen Ihnen Berichte der österreichischen Vertretungsbehörden über diese Vorfälle vor?
- 2. Sind Sie bereit, an die brasilianische Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, zum Schutz der betroffenen österreichischen Geistlichen besondere Maßnahmen zu treffen?
- 3. Erklären Sie sich bereit, diese, schwere Verfehlungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellenden Vorgänge, zum Gegenstand der Behandlung in internationalen menschenrechtlichen Organen (z.B. der UNO-Menschenrechtskommission) zu machen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1) Die Österreichische Botschaft Brasilia, die der Sicherheit der in Brasilien tätigen Österreicher größtes Augenmerk widmet, hat über die von der brasilianischen Zeitung "Folha de Sao Paulo" veröffentlichte "Todesliste" und deren Hintergründe ausführlich berichtet. Diese Liste von 96 Bischöfen, Priestern, Mandataren und Gewerkschaftern, die in letzter Zeit Todesdrohungen ausgesetzt waren, stammt von einer kirchlichen Kommission. Sie wurde aufgrund von Mitteilungen der Bedrohten und von Menschenrechtsorganisationen erstellt. Ihre Veröffentlichung war nicht zuletzt als Maßnahme zum Schutz der Bedrohten gedacht. Sie war aber auch Anlaß für konkrete Österreichische Schritte mit dem Ziel einer Erhöhung der Sicherheit der bedrohten Landsleute.

Zu 2): Im Sinne der meinem Ressort obliegenden vorrangigen Aufgabe des Schutzes österreichischer Staatsbürger im Ausland wurden und werden alle zweckdienlichen Schritte unternommen, um in bestmöglicher Weise auf eine Verringerung der Gefährdung der betroffenen Geistlichen hinzuwirken. Kurz nach Bekanntwerden der Todesliste wurde die Gelegenheit eines Aufenthaltes des brasilianischen Außenministers in Österreich dazu benützt, die Sorge über die Drohungen gegen österreichische Geistliche zum Ausdruck zu bringen. Auch der österreichische Botschafter in Brasilia hat die Angelegenheit an hoher brasilianischer Regierungsstelle zur Sprache gebracht, wobei eine Überprüfung zugesagt wurde. Diese Kontakte werden fortgesetzt.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang Besuche des österreichischen Botschafters bei gefährdeten Geistlichen, durch die das große Interesse Österreichs an deren Sicherheit auch gegenüber den maßgeblichen Landes- und Lokalbehörden offiziell dokumentiert wird. In der Vergangenheit wurden Pater Schmid und zuletzt Bischof Kräutler besucht, eine Fortsetzung dieser Besuchspraxis - als nächstes durch eine Reise zu Pater Hehenberger - ist vorgesehen.

Da über die angeführten Veranlassungen hinaus angesichts der großen Gesamtzahl der bedrohten Personen die Erwirkung eines ständigen besonderen Schutzes für die österreichischen Geistlichen weder von diesen selbst gewünscht wird noch möglich erscheint, wurde der österreichische Botschafter beauftragt, durch regelmäßige Kontakte mit den Geistlichen die Entwicklung ihrer Sicherheitssituation laufend zu verfolgen, um im Falle konkreter Bedrohung sogleich entsprechende Schritte bei den brasilianischen Behörden unternehmen zu können.

Zu 3): Da die Drohungen gegen österreichische Geistliche nicht von der brasilianischen Regierung ausgehen, wäre es nicht zielführend, dieser vor zwischenstaatlichen Gremien die Verantwortung hiefür anzulasten. Sie müsste im Gegenteil für Schutzmassnahmen gewonnen werden. Ein initiatives Vorbringen dieser Angelegenheit durch österreich vor internationalen Organen, das eine Anklage der brasilianischen Regierung beinhaltet, würde daher dem Schutz der Menschen in diesem Fall nicht dienlich sein.

Der Bundesminister

für auswärwige/Amgelegenheiten: